

II-703 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4481J

1991-02-08

A N F R A G E

des Abgeordneten Wabl, Freunde und Freundinnen

an den Bundeskanzler

betreffend Rechnungshofbericht "Volkshilfe"

Wie aus Medienberichten bzgl. der Prüfungsergebnisse des Rechnungshofes über die "Volkshilfe" hervorgeht, wurden die Bundessubventionen widmungsfremd verwendet. Die Buchhaltung erwies sich als mangelhaft, sodaß die Verwendung der Subventionen nicht nachvollzogen werden kann. Offensichtlich war seitens der subventionsvergebenden Ministerien keine Kontrolle über die Verwendung der Mittel gegeben. Ebenso wurden offensichtlich Millionenaufträge ohne öffentliche Ausschreibung vergeben. Es liegt auch der Verdacht nahe, daß Mittel, die für Spenden vorgesehen waren, für SPÖ-nahe Mitarbeiter verwendet wurden. Ferner wird der Volkshilfe die widmungsfremde Verwendung von Spendeneinnahmen vorgeworfen.

Der Rechnungshof wird den Bericht der Staatsanwaltschaft übergeben.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

A n f r a g e:

1. Wieviel an Subventionen sind seitens Ihres Amtes im Zeitraum von 1977 bis 1989 an die "Volkshilfe" geflossen?
2. Welche Art der Kontrolle wurde seitens Ihres Amtes ausgeübt?
3. Wurden von der "Volkshilfe" regelmäßige Berichte über die Mittelverwendung angefordert?
4. Ist aufgrund der widmungsfremden Verwendung der Mittel seitens Ihres Amtes ein Subventionsstopp vorgesehen?
5. Seit wann sind Sie mit konkreten Unterlagen aus dem Rechnungshof über diese Causa informiert?
6. Wird es Konsequenzen geben in Ihrem Ressortbudget für das Jahr 1991/92?
7. Halten Sie die Überweisung von Sozialminister Hesoun in der Höhe von S 2,2 Mio. an die "Volkshilfe" (im Dezember 1990, vor Vorlage des Rechnungshofberichtes) für gerechtfertigt?